AufDraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP und Gruppe KAZ

www.betriebsaktiv.de • 2. Februar 2016

Deutsche Telekom: Timotheus Höttges spricht sich für „bedingungsloses Grundeinkommen" aus 3
Städtische Kliniken: Protestaufruf 4
Jugend: Kampagne für einen kostenfreien Schulweg gestartet 5
Asyl: Warum Merkel keine Obergrenze will und das Bündnis mit der Türkei ..... 5 bis 7
Sicherheitskonferenz: Bin Ladens Freund Turki bin Faisal berät Ischinger 8

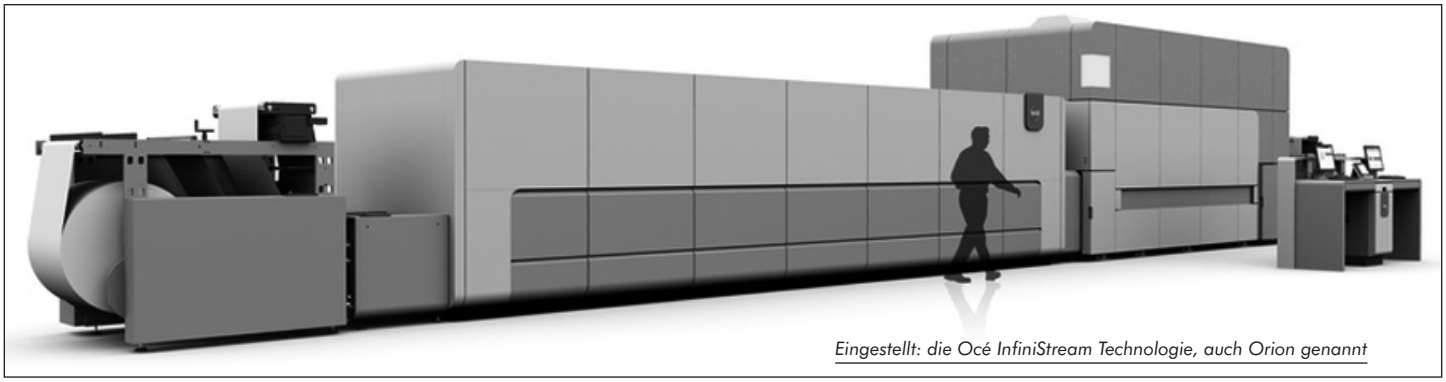
Glücksspiel Haustarifvertrag bei Océ

Im Druckerwerk in Poing führt der jahrelange Verzicht auf drei Stunden Bezahlung nicht zu mehr Arbeitsplatzsicherheit. Projektentwicklung des Orion wird nun eingestellt.

Vor einem Monat entschied die Océ-Konzernleitung, nach dreizehn Jahren Flüssigtoner-Technologie- und fünf Jahren entsprechender Produkt-Entwicklung, Letztere einzustellen. Massive Produktlinien-Vorab-Werbung, nun ein peinliches Relikt, wurde bereits verpulvert. Hinreichend stabile Druckqualität mit annehmbaren Betriebskosten werde nicht bis zum 31. Mai, dem Beginn der Branchenmesse Drupa, erreicht, nannten die Geschäftsführer der verdutzten Belegschaft als Gründe. Damit steht ein positives Ergebnis der bis dahin in etwa 100 Mio Euro Entwicklungskosten quasi im Orion-Sternbild passgenau zum Produkt-Aliasnamen.

Doch lässt sich diese Vernichtung von aufgehäufter Arbeit und Material von dem Konzern mit Hauptsitz im niederländischen Venlo verkraften. Océ, mit einem im globalen Wettbewerb strategisch interessierten Mutterkonzern Canon im Rücken, hat einen üblichen Jahresgewinn von ca. 200 Mio. Euro. Nicht wenig davon wurde bisher mit anderen Digitaldrucker-Produktlinien in Poing erzielt.

Lesen Sie weiter auf Seite 2 ➡



Eingestellt: die Océ InfiniStream Technologie, auch Orion genannt

Gegenwind weltweit für Siemens

Trotz der bejubelten Steigerung der Dividende auf der im Januar stattgefundenen Hauptversammlung in der Münchner Olympiahalle hat der Konzern weltweit mit Gegenwind zu rechnen.

Kaesers Ergebnisse sind durchwachsen, so beschreibt die Wirtschaftswoche die Bilanz des Siemenschefs zum abgelaufenen Geschäftsjahr.[1] In der Energiesparte brachte die Milliarden schwere Übernahme von Dresser Rand (USA) vorerst nur Abbau und Verlagerung, u.a. nach Tschechien. (Auf Draht berichtete.) Die Duisburger Fertigung von Kompressoren für den Gastransport bleibt vorerst erhalten, trotz Parallelfertigung in den USA. Der Betriebsrat erwartet aber einen Abbau von 300 Stellen in der Verwaltung.[2]

Diese Energiesparte mit ihren Anlagen zur Stromübertragung, für Windkraftanlagen und die Zugsparte machen jene 17 Prozent des Konzernumsatzes aus, die nichts oder zu wenig zum Profit beitragen werden.[3]

Am Beispiel des Bahngeschäfts wird die weltweite Konkurrenz der Monopole sichtbar. Ein Auftrag Indiens über 1.800 Lokomotiven, Volumen 5,6 Mrd. US-Dollar, ging zu gleichen Teilen an General Electric (GE) und an Alstom.

In einer Übernahmeschlacht mit Siemens war es GE, dem schärfsten Konkurrenten, 2014 gelungen, die Energiesparte des französischen Alstom-Konzerns einzuverleiben. Siemens hatte im Tausch die Zugsparte angeboten.

Alstom konnte nun in diesem Bereich einen Großauftrag aus Belgien für Regionalzüge an Land ziehen. 2,4 Mrd. Euro Volumen, Siemens wieder außen vor.[4]

Mit der Volksrepublik China tritt ein weiterer Konkurrent auf, der fähig ist, selbst Hochgeschwindigkeitszüge zu bauen. Die China Railways erhielten den Zuschlag für eine solche Strecke zwischen Los Angeles und Las Vegas. Die Deutsche Bahn denkt darüber nach, statt bei Siemens in China einzukaufen.[5]

Die weltweiten Überkapazitäten im Bahngeschäft zwingen die Konzerne zur Konzentration. Kaeser strebt nach wie vor die Schaffung eines „europäischen Champions" der Bahntechnik an. Die Kooperation mit Alstom ist noch nicht vom Tisch. Sollte die nicht zustande

Lesen Sie weiter auf Seite 2 ➡

Fortsetzung von Seite 1

Glückspiel Haustarifvertrag

Dort holen sich die Océ/Canon-Besitzer obendrein um die 7,6 Mio. pro Jahr extra mit dem im Poinger Werk vereinbarten Firmentarif, 5 Mio. davon in Form von drei Stunden unbezahlter Arbeitszeitverlängerung - nun das elfte Jahr. Zudem nicht zu unterschätzen sind jene Profitabilitätssteigerungen währenddessen, welche mit dem Entlassen von ca. 430 der nun noch unter 1.000 Belegschaftsangehörigen per Aufhebungsvertrag erzielt wurden, den Betroffenen gerne als einzige Alternative zu einer Kündigung vorgelegt.

Während im Vorfeld der sich von Juli bis November hinziehenden Verhandlungen um eine Fortsetzung der empfindlichen Abstriche vom Flächentarif im Haus noch von 300 Entlassungen bei Einstellung des Orion-Projektes die Rede war und dieser Haustarif laut Präambel der Firma zur „Standortsicherung“ dient, verlautbarte nun der Poinger Geschäftsführer, es seien keine betriebsbedingten Kündigungen „geplant“. Klingt gut, doch für 80 der 130 in der Orion-Entwicklung nicht länger benötigten Festangestellten ist der weitere Einsatz noch offen. Bleibt es hier wirklich bei dem „Plan“, werden sie in dem Fall anderweitig eingesetzt oder dann mit der bekannten Vorlage „Aufhebungsvertrag“ konfrontiert: Wie mit ihnen verfahren wird, ist bislang ungewiss, ebenso ob die Nicht-Produktion dieses Modells Auswirkungen auf Beschäftigung in Montage und Fertigung hat. Dass eine Reihe von „Externen“, auf Projekt-Vergütungsbasis beschäftigte Ingenieure etc., und Leiharbeiter gehen müssen, ist für die Betroffenen gleichbedeutend mit einer Entlassung, zählt jedoch formell nicht als solche. Insgesamt gilt der Firmenleitung die Projekt-Einstellung zwar als unschön, aber auf einmal nicht als dermaßen gravierend, dass es sie hinderte, mit multimedial präsentiertem Talkshow-Auftritt des Océ-Chefs gute Stimmung im Betrieb aufzuführen. Der Orion-Sternenstaub: abgeschüttelt.

Wenngleich der angeblich zwingende Zusammenhang - nun in aller Deutlichkeit sichtbar - nie vorhanden war, hatten Fürsprecher fortgesetzter Tarifabsenkung per Haustarif damit verbunden die vorhergehende Darstellung des Orion-Projekts als entscheidend für den Bestand des Werkes dankbar aufgegriffen und ausgewalzt. Es war seit der Einlassung auf die Tarifabsenkung ab 2005 bei wechselnden Projektkostensachzwangszenarien der Tenor dabei, man wolle auf der sicheren Seite verbleibend keine riskante Gegenwehr-Strategie zur Beibehaltung des vollen Flächentarifs fahren.

Stattdessen entpuppt sich hier wie anderswo ausgerechnet eine vermeintliche Beschäftigungssicherung auf dem Weg des Verzichts als absurdes Glücksspiel mit von Anbeginn verlorenem Einsatz. Sich gemäß der Ansagen und Versprechungen von Kapitalisten und ihren Beauftragten auf verzichtsbedingte Tarifabweichungen einzulassen bedeutet im Endeffekt, ein unverantwortliches Risiko für die eigene Existenzsicherung und -gestaltung sowie Gesundheit einzugehen. Jeder einarmige Bandit verheißt im Vergleich dazu eher Glück in Sicherheit. ■*Kurt*

Taktzeit gekürzt bei MAN

Nach der Flaute im letzten Jahr werden neue Aufträge aus dem Iran erwartet. Ein Grund zum Aufatmen für die Belegschaft?
Getrieben von neuer Profiterwartung wurde am Band schlagartig die Taktzeit von bisher 6 Minuten gekürzt. (2005 war die Taktzeit noch bei 7 Minuten.) Der fertige LKW kommt nun etwa eine halbe Minute früher vom Band. Das rechnet sich, wenn etwa 8000 Einheiten im Jahr produziert werden, wie es noch 2014 der Fall war.
Aus dem Betriebsrat ist zu hören, der Kürzung sei nur zugestimmt worden, weil ja zusätzliche Arbeiter ans Band geholt wurden. Davon haben die Kollegen bisher nichts bemerkt. Sie berichten von spürbar erhöhtem Arbeitstempo. ■*krn*

Fortsetzung von Seite 1

Gegemwind weltweit

kommen, wird von Kaeser ein Verkauf der Bahnsparte nicht ausgeschlossen. Davon würden 3.000 Kollegen in Krefeld und in München-Allach betroffen sein.

Nun ist es ja nicht so, dass es weltweit keinen Bedarf an Zügen und Lokomotiven gäbe. Afrika ist ein Kontinent ohne ausreichende Transportmöglichkeiten. Doch die afrikanischen Länder sind so arm, dass sie als zahlungskräftige Nachfrager nach Bahntechnik ausfallen. Nicht anders geht es vielen deutschen Kleinstädten, die nicht ans Schienennetz angeschlossen sind.

Der so begrenzte kapitalistische Markt duldet nur eine begrenzte Zahl von Anbietern. ■*krn*

1 Wirtschaftwoche, 3. November 2015
2 Wirtschaftwoche, 3. November 2015
3 Wirtschaftwoche, 30. Oktober 2015
4 Handelsblatt, 14. Januar 2016
5 Wirtschaftwoche, 13. November 2015

AufDraht
Herausgeber:
DKP und Gruppe KAZ
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München
Mail: Auf.Draht@gmx.de
www.betriebsaktiv.de
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Telekom positioniert sich

Durch die Digitalisierung werden handwerkliche Tätigkeiten immer weniger benötigt. Kampf um Arbeitszeitverkürzung muss eine Antwort sein.

Industrie 4.0 – die Telekom positioniert sich, um im rasanten digitalen Wandel der Produktionstechniken eine führende Rolle spielen zu können. Das wird einschneidende Konsequenzen für die Beschäftigten der Telekom zur Folge haben. Durch die Digitalisierung des Kommunikationsnetzes werden handwerkliche Tätigkeiten immer weniger benötigt. Eine hohe Anzahl der Beschäftigten wird abgebaut, während im Gegenzug viel weniger Höherqualifizierte angeheuert werden. Die sich entwickelnden gesellschaftspolitischen Konflikte sind der Konzernführung durchaus bewusst. Timotheus Höttges, der derzeitige Vorstandsvorsitzende der Telekom AG, hat vor kurzem ein „bedingungsloses Grundeinkommen“, finanziert auch durch Internetkonzerne gefordert.[1] Die Telekom-Beschäftigten trauten ihren Ohren nicht, denn Höttges ist dort mit dem Spruch bekannt: Er könne aus einer ausgedrückten Zitrone immer noch ein paar Tropfen herauspressen, was er in harten Tarifverhandlungen mit der Verdi auch immer beweist.

Für die Industrie schnürt die Telekom erste „Anwendungspakete“. Dabei werden z. B. Systeme zur Echtzeiterfassung und Analyse von Messdaten, IT-Schnittstellen, automatische Alarmbenachrichtigungen und Zugriff auf unterschiedliche Gerätetypen in einer Lösung zur Verfügung gestellt. Das geht so weit, dass Unternehmen auf eigene IT-Infrastruktur künftig verzichten können.

Die schöne neue IT-Welt unter kapitalistischen gesellschaftlichen Bedingungen hat nur einen Haken: Die Masse der Arbeiter und Angestellten wird keinen Vollzeit-Arbeitsplatz und damit kein ausreichendes Einkommen mehr erreichen. Denn dieser technische Fortschritt wird nicht vorangetrieben, um allen Menschen ein bequemes Leben zu ermöglichen, sondern um Produktionskosten zu senken bzw. neue Produkte auf den Markt zu bringen.

Bei Arbeitern und Gewerkschaften sollten die Alarmsirenen heulen. Die Früchte der technischen Entwicklung sollten uns allen zugute kommen. Die Verhandlungsposition gegenüber dem Kapital wird aber immer schwächer. Telekom-Höttges und Konsorten haben mit ihrem Einkommensvorschlag nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens natürlich nicht das Schlaraffenland für die Arbeiterklasse im Sinn. Vielmehr geht es beim bedingungslosen Grundeinkommen im Prinzip um eine Variante Hartz IV für alle. Almosen, um Aufstände zu verhindern.

Die Strategie der Gewerkschaft Verdi, nur Tarifkämpfe um den Lohn zu führen, muss um den Kampf für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und ganz generell für unsere Zukunft ergänzt werden.

Dazu ist aber eine harte gesellschaftspolitische Auseinandersetzung Bedingung. Höttges und die Verdi-Funktionäre wissen das – sind wir, die Arbeiterklasse, bereit zu kämpfen? ■*Ernst Stadtler*

1 Telekom-Chef Höttges für bedingungsloses Grundeinkommen. Die Zeit-Online, 29. Dezember 2015

Kurz & bündig

Kurz vor Weihnachten meldete sich, erfreulicherweise, der DGB München zu Wort: „Seit dem 1. Januar 2015 gibt es in Deutschland einen flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohn**. Alle negativen Prognosen sind nicht eingetreten: Es gab keine massiven Jobverluste, Unternehmenspleiten und explodierende Verbraucherpreise. Bundesweit profitierten viele Beschäftigte. Im Gastgewerbe stiegen die Löhne zum Beispiel um 4,9 Prozent im Westen und die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze stieg um 6,5 Prozent. Auch in München ist von negativen Auswirkungen nichts zu spüren. So nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 2,7 Prozent in der Stadt und um 3,9 Prozent im Landkreis zu. Und auch in München haben Beschäftigte vom Mindestlohn profitiert … natürlich wissen wir, dass 8,50 Euro pro Stunde bei 40 Stunden Arbeit in der Woche ein Gehalt von nicht einmal 1.500 Euro im Monat ergeben – brutto wohlgemerkt. Damit ist man in München immer noch arm, trotz Arbeit. Eine wirkliche Lohnuntergrenze müsste bei uns bei 11,50 Euro liegen. Deshalb setzen wir uns für die schnellstmögliche Erhöhung des Mindestlohns ein“, so die Münchner DGB-Vorsitzende Simone Burger.

Klar, dass das unternehmernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) dagegen mault: „Seit einem Jahr gibt es den gesetzlichen Mindestlohn – bislang ohne sichtbare Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt. Doch es wäre zu früh, von einer Erfolgsgeschichte zu sprechen. Denn die niedrigen Energiepreise, die gute Konjunktur und die Reallohnentwicklung machen eine abschließende Beurteilung der Mindestlohneffekte momentan unmöglich.“ (IW-Nachrichten, 22. Dezember 2015) Dass die Reallohnentwicklung einen Einfluss auf die Konjunktur hat, denn der Lohnempfänger tritt auf dem kapitalistischen Warenmarkt ja wieder als Einkäufer auf, wird gelegentlich verschwiegen.

Ifo-Präsident Sinn will den Mindestlohn gleich wieder ganz abschaffen. In der *Zeit* fordert er „zur Bewältigung der Flüchtlingskrise eine neue Agenda 2010. Die Deutschen sollten länger und billiger arbeiten.“

Wir dagegen meinen: Auf geht´s in die Tarifrunden!
Kürzer und teurer arbeiten!

■*RW*

Moderne Unternehmensführungen veranstalten regelmäßig Mitarbeiterbefragungen. Angeblich um die Kritik und das Lob der Befragten als Anregung und Verbesserung in ihre Führungsentscheidungen aufzunehmen.
Schon in der Anlaufphase kommt es dabei immer wieder zu geradezu kuriosen Szenen. Vorgesetzte bis hinunter zu den Teamleitern versuchen immer wieder, Fragen so zu interpretieren, dass eigentlich nur Zustimmung möglich ist. Das geht gelegentlich so weit, dass Niederlassungsleiter, die ja die Politik innerhalb der Organisation wesentlich gestalten, vor Ort bei Kollegen erscheinen und in Teambesprechungen „für die richtige Antwort" werben.
Nach einiger Zeit wird das Ergebnis von den Verantwortlichen aus der höheren Hierarchie im betrieblichen Kommunikationsnetz veröffentlicht. Selbstverständlich werden die Befragungsergebnisse als im Wesentlichen positiv für die Arbeit der Führungskräfte und die Loyalität der Mitarbeiter zum Unternehmen gesehen.
Nur manchmal kann die ventilierte Weisheit der Führungsebene Probleme nicht verdecken. Diesmal haben bei der **Telekom Tochter DTTS Süd** 63 Prozent der Befragten das von ihnen verlangte Arbeitstempo als zu hoch beurteilt. Von entlastenden Maßnahmen wird man sicher nichts hören. Oder doch? Es gibt eine Schulung „Wie mit Stress zurechtkommen". Ganz ohne Schulung könnte man aber auch die Aufträge pro Person und Stunde reduzieren. Davon wird man aber nichts hören – wetten! ■*Ernst Stadtler*

Protest gegen Personal-, Betten- und Versorgungsabbau bei den Städtischen Kliniken

Wie aus einer Presseerklärung der überparteilichen Initiative „Bürger für unser Münchner Stadtklinikum" (BUMS) hervorgeht, bleiben bei den Planungen der Stadt existenzielle Bedürfnisse der Bevölkerung, speziell des Münchner Nordens, weitgehend auf der Strecke. Diese Planungen berücksichtigen u. a. viel zu wenig den gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf der Kinderklinik und der Geburtshilfe, bringen u. a. eine Reduzierung des Notfall- und Traumazentrums von 283 auf 96 Betten, was vor allem für ältere Menschen, die vielfach auf eine wohnortnahe Versorgung angewiesen sind, eine dramatisch schlechtere Versorgung bedeutet.
Deshalb haben sich auch bereits die Bürgerversammlungen in Schwabing West (8. Oktober) und in Neuhausen (26. November) u. a. für den Erhalt einer umfassenden Notfallversorgung in Schwabing ausgesprochen, eine Forderung, der sich auch der Münchner Seniorenbeirat angeschlossen hat.
Auch der Walfraff-Report in der RTL-Sendung vom 11. Januar hat u. a. am Beispiel des Klinikums Harlaching deutlich aufgezeigt, wohin unzureichende Personalausstattung und Einsparungen im Krankenhausbereich führen – zu Lasten der Münchner Bürger und der Beschäftigten.
Unterstützen Sie deshalb bitte die Forderungen des überparteilichen Vereins BUMS (www.bums.bayern) mit ihrer Unterschrift:

- Erhalt des Städtischen Klinikums an allen 4 Standorten, in Bogenhausen, Harlaching, Neuperlach und Schwabing!
- Unsere Forderungen für den Münchner Norden:
- Weiter umfassende Notfallversorgung im Klinikum Schwabing!
- Zentrum für wohnortnahe Altersmedizin im Klinikum Schwabing mit Geriatrie, Alterstraumatologie, Früh-Rehabilitation u. Palliativstation!
- Kein Sanierungsbeitrag zu Lasten der Beschäftigten!

Unterstützen Sie die Petition der Initiative „Bürger für unser Münchner Stadtklinikum"

Unterschreiben Sie auf http://www.bums.bayern/links/

„Die Lösung darf nicht Schwarzfahren sein!“

Die MVG bietet für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende den sogenannten Ausbildungstarif an. Fred ist Schüler und hat dieses Angebot in Anspruch genommen: „Ich gehe in Neuperlach zur Schule. Für meinen Schulweg, der von Waldtrudering zur 6 km entfernten Schule führt, müsste ich 40 Euro pro Monat zahlen. Da ich nicht in wohlhabenden Verhältnissen geboren bin, zahlten mir meine Eltern den Schulweg nur in den Wintermonaten, sonst bin ich auf mein Rad angewiesen. Doch auch dieses Ticket habe ich nach zwei Jahren abgeschafft, teils aus Solidarität mit der verschlechterten Einkommenssituation meiner Familie, teils aus dem persönlichen Bedürfnis heraus, öfter mit Freunden wegzugehen. Doch selbst wenn ich das Ticket für meinen Schulweg kaufen würde, wäre ich nicht an das gesamte öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen. Für die Innenstadt, den ersten und zweiten Ring, benötigt man zusätzlich die „Grüne Jugendkarte“, die zwar im Vergleich zum Ausbildungstarif mit 15 Euro recht billig ist, aber trotzdem mit einer Summe von 55 Euro nicht funktioniert. Was mache ich also? Ich fahre schwarz, und die meisten meiner Mitschüler und Freunde handeln nicht anders – München ist teuer, und am Ticket lässt sich leicht sparen. Die Lösung liegt jedoch meiner Meinung nach nicht im Schwarzfahren, sondern in einem völlig kostenlosen Öffentlichen Nahverkehr. Dies wäre ein Schritt in die Richtung, dass kostenlose Bildung nicht nur eine Farce ist, dass kulturelle Angebote unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sind, dass jeder am sozialen Leben teilhaben kann – dafür ist Mobilität Voraussetzung. Als ersten Schritt in diese Richtung unterstütze ich das Bündnis, das bayernweit einen kostenlosen Schulweg fordert sowie eine Stadtmonatskarte für 15 Euro für Schüler, Auszubildende und Studenten. Dann wäre auch für mich Schwarzfahren nicht nötig.

■*SDAJ*

Weitere Infos zur Kampagne: www.ticketsfueralle.bayern ▪ sdaj-bayern.de ▪ sdaj-muenchen.net

Warum Merkel keine Obergrenze will

Das Asylrecht ist ein Grundrecht. Grundrechte kennen keine Obergrenze. Eine Verschärfung des Asylrechts muss verhindert werden. Es geht um Solidarität.

Die Bundeskanzlerin schwebt nicht engelsgleich über den Schutz suchenden Flüchtlingen, wie es die gesellschaftliche Debatte vermuten ließe. Sie hat einen Job zu erledigen, nämlich die internationale Konkurrenzfähigkeit des deutschen Monopolkapitals zu erhalten.

Ihren Job nur als Regierungschefin zu beschreiben greift zu kurz. Sie ist letzlich die Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses des Monopolkapitals. Das sind die 30 DAX-Werte, die als Siemens, VW, BMW, Daimler, Deutsche Bank usw. firmieren. Merkel hat die Bedürfnisse des Kapitals nach ausbeutbarer Arbeitskraft zu sichern.

Es ist ein kühl kalkulkierter Plan, der eher in den Lobbygängen des Bundestags entstanden ist oder bei Kamingesprächen von Aufsichtsräten. Es gilt die deutsche Reservearmee der Lohnarbeiter zu erneuern, „eine Chance für die überfällige Runderneuerung Deutschlands“, wie das ein SZ-Kommentator fordert.[1]

Die Binnenkonjunktur schwächelt. Eine neue Krise in der EU zeichnet sich ab. Die Digitalisierung soll alles ändern und sprengt sowieso alle Grenzen. Das deutsche Kapital will da vorne dabei sein und wird mehr und mehr Arbeiter auf Amazonlevel brauchen.

Deutschland ist überaltert, hört man, während 75 Prozent der Flüchtlinge junge, arbeitsfähige Männer sind. Der Ruf nach Integration heißt nichts anderes, als diese so schnell wie möglich dem Verwertungsprozess des Kapitals zuzuführen.

Siemens zeigt, wo’s langgeht

Der Konzern hat frühzeitig ein Zeichen gesetzt: In Erlangen wurden schon im Juli 2015 Asylbewerber eingestellt. Ähnliche Projekte gibt es auch in anderen Industriekonzernen. Daimler-Chef Zetsche lässt in den Flüchtlingslagern nach Fachkräften fahnden. Im Münchner BMW-Werk werden sieben Flüchtlinge aus Syrien auf eine Ausbildung vorbereitet.

Merkel ließ in ihrer Neujahrsansprache offen, welche Aktiengesellschaft sie meinte mit der Aussage: „Die Gesellschaft wird profitieren“. Der BDI[2] sieht wie Merkel in dem Zuzug von frischer Arbeitskraft eine „Chance“. So kann aus einem riesigen Pool geschöpft werden. Obergrenze? Dabei wird von den Sprechern betont, dass die Flüchtlinge zu „fairen Bedingungen“ beschäftigt werden sollen. Was die Konzerne jedoch erwarten, sind Senkung der Arbeitsstandards, sinkende Löhne und damit Lohnkonkurrenz in allen Bereichen, alles ganz in ihrem Sinne. „Die Flüchtlinge werden uns flexibler machen!“, so heißt das bei Grillo, dem BDI-Chef.[3]

Die kleinen Kapitalisten ticken da anders. Sie haben Angst, zu kurz zu kommen bei der Verteilung billiger Arbeitskräfte. Sie brauchen eher Facharbeiter, ihre Buden

Lesen Sie weiter auf Seite 6 ➡

Die extreme Einschränkung des Asylrechts muss gestoppt werden!

Die Bundesregierung will mit dem neuesten Asylpaket noch mehr Menschen noch schneller abschieben – selbst dann, wenn sie körperlich oder psychisch schwer krank sind und eine Abschiebung für sie potenziell lebensbedrohlich ist.
Das geplante Gesetz hebelt für viele Flüchtlinge ein angemessenes und faires Asylverfahren aus, es schränkt den Familiennachzug ein und erkennt medizinische Abschiebehindernisse nicht an. Diese extreme Einschränkung des Asylrechts muss gestoppt werden!
Für alle Flüchtlinge aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern", für alle, die einen Folgeantrag gestellt haben, weil sich ihre Situation grundlegend verändert hat, sowie für Menschen, denen vorgeworfen wird, sie hätten ihre Papiere vernichtet, sollen künftig beschleunigte Verfahren gelten: Das Asylverfahren muss in nur einer Woche über die Bühne gebracht werden.
Die meisten Flüchtlinge fliehen jedoch ohne Papiere nach Europa – oder aber Dokumente gehen auf der Flucht verloren. Die Bundesregierung schafft damit die Grundlage, potenziell für alle Asylsuchenden solche Schnellverfahren anzuwenden.
Hinzu kommt: All diese Flüchtlingsgruppen werden in Zukunft verpflichtet sein, in besonderen Aufnahmezentren zu leben. Und schon wenn sie lediglich den Landkreis verlassen, dem sie zugeteilt wurden, gilt ihr Asylantrag als abgelehnt.
Im Asylverfahren müssen Fluchtgründe geordnet und schlüssig vorgetragen werden und traumatische Erfahrungen ggf. mit detaillierten ärztlichen Gutachten belegt werden. Dafür braucht es Zeit und eine geschützte Atmosphäre, in der die Menschen sich sortieren und sich Unterstützung und Beratung für die Einordnung und Aufarbeitung des Erlebten suchen können.
All das soll in Zukunft für einen großen Teil der Flüchtlinge nicht mehr möglich sein.
Auch die Berücksichtigung und zeitlich intensive Überprüfung kinderspezifischer Fluchtgründe wird unmöglich gemacht.
Und anstatt chronisch erkrankte Kinder im Sinne des Kindeswohls umfassend zu unterstützen, wird Flüchtlingsfamilien mit der Abschiebung ins Herkunftsland die z.T. lebensnotwendige Gesundheitsversorgung versagt.
Selbst Menschen, die krank oder schwer durch ihre Erlebnisse im Herkunftsland traumatisiert sind, dürften mit dem neuen Gesetz im Schnellverfahren abgeschoben werden. Der Grund: Sie könnten sich schließlich auch in irgendeinem Teil ihres Herkunftslandes behandeln lassen. Gegen das Trauma sollen eben zur Not Medikamente genommen werden. Das entbehrt jeder ethischen, medizinischen und psychotherapeutischen Grundlage.
Die geplanten Verschärfungen verletzen elementare Rechte der Betroffenen und gehen an den Kern der humanitären Werte unseres Asylrechts.
Wir rufen daher die Bundesregierung und alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Verschärfungen des Asylpakets II abzulehnen.
Faire und rechtsstaatliche Asylverfahren für alle Flüchtlinge!

https://www.proasyl.de/de/home/asylpaket-II-stoppen

Fortsetzung von Seite 5

Warum Merkel keine Obergrenze will

sind nicht hoch automatisiert. Ihre Vertreter im BDA rufen nach Senkung des Mindestlohns für Flüchtlinge.[4] Sie fordern die Aufhebung des Zeitarbeitsverbots für Flüchtlinge, die Leiharbeitsfirmen sollen also auch über diese verfügen können.[5]

Schon vor Köln wurden die Asylgesetze verschärft wie seit den 1990er Jahren nicht mehr. Wahllos werden sogenannte Sichere Drittländer definiert und Abschiebelager geplant, der Familiennachzug soll erschwert werden.

Für diese andere Option des Kapitals steht die CSU mit Seehofer. Er sorgt mit seinen Provokationen für die Verschärfung der Gangart. (Und ist nebenbei Stichwortgeber für den rassistischen Mob.) Menschen sollen als rechtlose Masse verschiebbar gemacht werden, zwischen guten und schlechten Flüchtlingen soll sortiert werden. Und um seine Klientel zu beruhigen, fordert er, die Grenzen dicht zu machen.

Auch Schäuble äußert sich in dieser Richtung, ohne seiner Kanzlerin in den Rücken zu fallen. Er ergänzt Seehofer kaltschnäuzig: „Nicht jeder, der will, kann nach Europa kommen".[6]

Solidarität nützt denen, die sie üben!

Unbesehen ihrer nationalen Herkunft, Sprache, Hautfarbe haben die Flüchtlinge eine Eigenschaft, die wir mit ihnen teilen: Sie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Flüchtlinge gehören wie wir zur Arbeiterklasse.

Es geht nicht um Barmherzigkeit oder um Mitleid. Es geht um Solidarität! Das bedeutet, im Sinn des Wortes, zu einem Block werden, sich nicht spalten lassen, gemeinsam kämpfen.

Als erster Schritt ist die vorbehaltlose Aufnahme der Flüchtlinge in die Gewerkschaften notwendig! Organisiert kämpft es sich besser für das Ziel: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für das Verbot der Leiharbeit. Nur organisiert können wir verhindern, dass die Flüchtlinge zu Lohndrückern degradiert werden, dass sie eine rechtlose Masse und Spielball rassistischer Hetze werden. Und schließlich. Was dem gemeinsamen Gegner, den Kapitalisten, gar nicht recht sein kann: Wir werden Kollegen vorfinden, die sehr gut wissen, was Kampf um ein gutes Leben bedeutet! ■*krn*

1 Süddeutsche Zeitung, 2./3. Januar 2016
2 BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)
3 Wirtschaftswoche, 29. Oktober 2015
4 BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände)
5 Süddeutsche Zeitung, 2./3. Januar 2016
6 Süddeutsche Zeitung, 16./17. Januar 2016

Veranstaltungshinweise:

Das Betriebsaktiv lädt ein zur
Marxistischen Abendschule:
15. und 29. Februar, 19 Uhr
Lenin: „Was tun?"

Die **Tarifrunde im öffentlichen Dienst** steht an.
Eine Kollegin aus dem Erziehungsdienst schaut sich die Forderung „Wir sind mehr wert." genauer an.
Mittwoch, 17. Februar, 19 Uhr

KommTreff | Holzapfelstr. 3
80339 München

Wenn die Bundesregierung Fluchtursachen bekämpft

Im Kampf gegen Flüchtlinge arbeitet die Bundesregierung mit autokratischen Regimen zusammen.

Der neueste Schlachtruf der Bundesregierung lautet, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen, um die Zahl der hier Schutz Suchenden zu reduzieren. Es ist tatsächlich ein Schlachtruf, wird doch damit der erneute Kriegseinsatz der Bundeswehr begründet. Mit Tornados zur Aufklärung und einer Fregatte im Mittelmeer beteiligt sich die BRD seit Ende letzten Jahres an der Allianz gegen den „Islamischen Staat" (IS). Gleichzeitig, so versichert uns die Regierung, soll durch Verhandlungen mit allen an dem Konflikt in Syrien beteiligten Staaten ein Ende des Bürgerkriegs in Syrien erreicht werden. Gegen die syrische Regierung kämpfen eben nicht nur verschiedenste oppositionelle Kräfte im Land bis hin zum IS, sondern auch ein großer Teil der verhandelnden Staatsvertreter, die fleißig dabei waren, die Fluchtursachen zu schaffen, die jetzt angeblich bekämpft werden sollen – einschließlich der Bundesregierung.

Wie äußere Einmischung …

Es ist bald fünf Jahre her, als im Zuge des „Arabischen Frühlings" auch in Syrien die Menschen begannen, gegen Verarmung und Rechtlosigkeit auf die Straße zu gehen. Doch das syrische Volk sollte keine Chance bekommen, seine Angelegenheit selbst zu regeln. Von Großmächten des Westens bis zum IS wurde alles getan, das „Assad-Regime" beseitigen zu wollen, wurden Oppositionsgruppen finanziell, diplomatisch und mit Waffen unterstützt. Auch die Bundesregierung ließ Geld fließen, lud 2012 die verschiedensten Oppositionsgruppen nach Berlin ein. Vor gut einem Jahr startete das Auswärtige Amt zudem unter dem Namen „Leadership for Syria" ein Programm mit syrischen Studenten in der BRD, um sie in „Regierungsführung" auszubilden. Das Ziel ist, „eine ausgewählte Elite zukünftigen Führungspersonals" darauf vorzubereiten „das künftige Syrien gesellschaftlich, politisch, wissenschaftlich und ökonomisch … maßgeblich mit zu gestalten".[1] Es gilt, den deutschen Einfluss in dieser doch so Rohstoff reichen und strategisch wichtigen Region des Nahen und Mittleren Ostens für den Tag nach dem Sturz Assads abzusichern. Der Westen ist eben kein einheitlicher Block, sondern besteht aus einer Hand voll untereinander um Absatzmärkte, Handelswege und Rohstoffe konkurrierende Großmächte.

Über Länder wie Saudi-Arabien und die Türkei, beide nicht gerade für „Demokratie und Menschrecht" bekannt, wurden die reaktionärsten, unter dem Mäntelchen des Islam kämpfenden Oppositionsgruppen mit Waffen versorgt – unter anderem Dschihadisten-Organisation Islamischer Staat. Das dürfte auch den deutschen Verantwortlichen bekannt sein, unterhält die Bundesrepublik doch enge Beziehungen zu beiden Staaten. Doch es stört sie nicht an einem regen Waffenhandel. Allein im Jahre 2014 genehmigte die deutsche Bundesregierung die Ausfuhr von Maschinen- und Scharfschützengewehren, Granatwerfern, gepanzerten Fahrzeugen und Panzerhaubitzen an die Türkei in Höhe von 72,4 Millionen Euro.

… Syrien in Brand setzt

Derartig unterstützt gelang es nicht nur den untereinander zerstrittenen Oppositionsgruppen, Syrien in einen jahrelangen, grausamen Bürgerkrieg zu stürzen. Es wurden so auch die klerikal-faschistischen Kräfte des IS hochgezüchtet. Solange sie nur Unterstützer der syrischen Regierung und demokratische Kräfte in Syrien ermordeten, interessierte das nicht. Erst als sie begannen, sich in den Irak auszudehnen, westliche Journalisten zu meucheln und den Terror auch in andere Hauptstädte brachten, wurden sie zum Feind erklärt. Seitdem greifen u. a. die US-amerikanische, die französische, britische und nun auch die deutsche Luftwaffe mit ihren Aufklärungstornados den IS auf syrischem Gebiet an - ohne die syrische Regierung auch nur konsultiert zu haben. Die einzige ausländische Macht, die nach dem Völkerrecht tatsächlich legal den IS in Syrien bekämpft, ist Russland, das auf Bitten der mit Russland verbündeten syrischen Regierung im vergangen Herbst eingegriffen hat. Doch so wird das hierzulande natürlich nicht gesehen, ist das russisch-syrische Bündnis doch mit ein Grund, warum die Assad-Regierung in Ungnade gefallen ist.

Der Deal mit der türkischen Regierung

Unter „Fluchtursachen bekämpfen" versteht die Bundesregierung auch ihre Verhandlungen mit der türkischen Regierung, die in der Türkei gestrandeten Flüchtlinge daran zu hindern, ihre Flucht Richtung EU fortzusetzen. Drei Milliarden Euro soll der türkische Staat erhalten, offiziell für eine bessere Versorgung der Schutz Suchenden in den türkischen Flüchtlingslagern. Außerdem sollen die Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei wieder aufgenommen werden. Damit stärkt Merkel dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan und seiner AKP den Rücken, der seinen kürzlichen Wahlerfolg dazu nutzt, erneut einen Bürgerkrieg gegen das kurdische Volk in der Türkei vom Zaun zu brechen. Ganze Städte werden im Südosten der Türkei von der Armee umstellt und mit Panzer- und Artilleriebeschuss zu Trümmern geschossen. Tagelange Ausgangsperren hindern die Menschen daran, auch nur Lebensmittel zu besorgen, denn jeder, der sich auf den Straßen bewegt, läuft Gefahr, erschossen zu werden. Killerkommandos des Todesschwadrons „Esedullah Timleri" dringen in die Wohnungen ein, zerstören sie und töten die Bewohner.[2] Jeder Protest in der Türkei gegen dieses Vorgehen – und sei es auch nur ein Protestbrief von tausend türkischen Intellektuellen – wird verfolgt, die Unterzeichner verhaftet. Hunderte von Zivilisten wurden in kürzester Zeit ermordet. Zehntausende sind inzwischen auf der Flucht – während die Bundesregierung davon schwafelt, „Fluchtursachen zu bekämpfen". ■*gr*

1 DAAD Programmausschreibungen. Oktober 2015, zit. nach: www.german-foreign-policy.com „Leadership for Syria", 18. Februar 2015
2 http://www.faz.net; 18. Dezember 2015

Wenn die Oberen vom Frieden reden ...

Vom 12. bis 14. Februar treffen sich Politiker, Militärs und Kapitalisten wieder zur sogenannten Sicherheitskonferenz. Bin Ladens Freund Turki bin Faisal berät Wolfgang Ischinger.

In wenigen Tagen ist es wieder so weit. Die Münchner Innenstadt ist für die Münchnerinnen und Münchner als Hochsicherheitszone gesperrt, keine Katz oder Maus kommt durch. Unternehmensführer, Politiker und Militärs vorwiegend aus den NATO-Staaten treffen sich zur so genannten Sicherheitskonferenz im Nobelhotel Bayerischer Hof. Vorgeblich sprechen sie über Sicherheit und Frieden auf dem Globus. Doch in Wirklichkeit sprechen sie „über Strategien zur Aufrechterhaltung ihrer globalen Vorherrschaft und über gemeinsame Militärinterventionen", wie das Münchner Bündnis gegen diese Konferenz in seinem diesjährigen Aufruf zu Protesten schreibt.

Den Vorsitz dieser Konferenz führt Wolfgang Ischinger, der es als Mitarbeiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt unter dem Grünen-Außenminister Joschka Fischer zum beamteten Staatssekretär schaffte. In diesen Schlüsselpositionen wirkte er maßgeblich an der Formulierung und Gestaltung der deutschen Balkan-Politik mit, deren Ergebnis die gewaltsame Zerstückelung Jugoslawiens in Kleinstaaten wie z. B. das Kosovo war, ein Land, in dem organisierte Kriminalität eng mit den Staatsstrukturen verwoben ist oder, wie es ein BND-Mitarbeiter formulierte, „organisierte Kriminalität die Staatsform ist (…)."[1] Mittlerweile stammen bis zu 80 Prozent des nach Westeuropa geschmuggelten Heroins aus dem Kosovo. Zwangsprostitution, Frauenhandel, Geldwäsche und Menschenschleusung sind im Kosovo an der Tagesordnung. Unter dem Schutz der Bundeswehr, die dort mit derzeit 700 Soldaten für „Recht und Ordnung" sorgt.

Ein wahrer Sicherheitsexperte ist dieser Wolfgang Ischinger. Bis letztes Jahr war er Aufsichtsrat der Allianz Deutschland und deren „Generalbevollmächtigter für Regierungsbeziehungen". Weiterhin ist er Berater der Investcorp (lt. Lobbypedia), ein in Bahrain ansässiger Investmentfond, dessen Chairman (Vorstandsvorsitzender) ein gewisser Mohammed Bin Mahfoodh Al Ardhi ist, der auch schon Chef der omanischen Luftwaffe war und als solcher naturgemäß die Scharia verteidigen durfte, jene religiösen Gesetze, die ansonsten im Westen als inhuman gebrandmarkt werden. Auch in Bahrein steht es um die Menschenrechte schlecht. Kinder werden in Gefängnissen misshandelt und gefoltert, berichtete die Menschenrechtsorganisation Amnesty International auf einer Pressekonferenz Ende 2013. Gruppen von Kindern würden unter dem Verdacht, an regierungskritischen Protesten beteiligt gewesen zu sein, gefangengenommen und inhaftiert. Einige Kinder seien bei ihrer Inhaftierung erst 13 Jahre alt gewesen. Ihnen seien die Augen verbunden und sie seien mit Schlägen traktiert worden. Diese Zustände dokumentierte Amnesty nachweislich für den Zeitraum ab 2011. Es sei zu Vergewaltigungen gekommen, um „Geständnisse" zu erzwingen.

Ein schmuddeliges Netzwerk, indem sich Wolfgang Ischinger bewegt. Klar, dass im Beraterkreis der Münchner Sicherheitskonferenz Oliver Bäte, Vorstandsvorsitzender der Allianz vertreten ist. Selbstverständlich für diese Kreise, dass Vertreter der Rüstungslobby mitwirken, nämlich Thomas Enders von Airbus (Flugzeuge) und Frank Haun von Krauss Maffei Wegmann (Panzer, siehe auch letzte Auf Draht vom Dezember 2015). Aber auch Prince Turki Al Faisal bin Abdulaziz Al Saud ist in diesem ehrenwerten Kreis Mitglied. Er ist Mitglied der seit Jahrhunderten herrschenden Familie Al Saud. Er wurde 1977 zum Präsidenten des saudischen Geheimdienstes GID (General Intelligence Directorate) ernannt, mit dem der BND bereits damals eng kooperierte. In den 1980er Jahren organisierte Prinz Turki, Kontaktmann des Partnerdienstes BND, die staatliche saudische Unterstützung für die afghanischen Mujahedin, die gegen die Präsenz der sowjetischen Streitkräfte am Hindukusch und gegen die prosowjetische Regierung in Kabul kämpften. Dabei kooperierte er mit dem Sohn eines schwerreichen saudischen Geschäftsmannes, der die afghanischen Mujahedin und afghanische Kriegsfreiwillige privat förderte – mit Osama bin Laden. Prinz Turki und Bin Laden seien „feste Freunde und Verbündete in einer gemeinsamen Sache" gewesen, urteilt der Afghanistan-Experte Ahmed Rashid.[2] „Er sprach wenig und erhob nie seine Stimme", lobte Turki später Bin Laden: „Kurzum, er war ein netter Kerl."[3] Prinz Turki blieb bis 2001 an der Spitze des saudischen Geheimdiensts. Obwohl im Mai 2001 seine Amtszeit um vier Jahre verlängert wurde, trat er 10 Tage vor 9/11, dem von eben diesem Bin Laden organisierten Angriff auf das World Trade Center, von diesem Amt zurück. Welche Erkenntnisse ihn wohl dazu bewogen?

Saudi-Arabien wurde u. a. von Deutschland systematisch hochgerüstet. Das Außenwirtschaftszentrum Bayern, das von den Industrie- und Handelskammern (IHK) und den Handwerkskammern des Bundeslandes getragen wird, berichtete 2007, es fördere die Expansion von sogenannten Sicherheits-Unternehmen etwa nach Saudi-Arabien. Die Außenwirtschaftsagentur Germany Trade and Invest (GTAI) warb damals für Exporte von Überwachungsgerät auf die Arabische Halbinsel mit dem Hinweis, dort müssten beim Einsatz von Repressionstechnologie „keinerlei juristische oder administrative Hindernisse" überwunden werden; „der Golfraum" könne „gewissermaßen als Paradies für staatliche Voyeure bezeichnet werden". Es gehe „aus Sicht der Obrigkeit in den Golfstaaten" nicht nur darum, „erhebliche ausländische Bevölkerungsanteile" – die zahllosen Arbeitsmigranten vor allem aus Südasien – „zu erfassen, zu kanalisieren und auch zu kontrollieren"; man wolle darüber hinaus „die eigene Bevölkerung aus politischen Gründen im Auge behalten".[4] 2007 genehmigte die Bundesregierung folgerichtig die Ausfuhr von Produkten zur Telekommunikationsüberwachung im Wert von 18,254 Millionen Euro nach Saudi-Arabien. Keine Überraschung also, dass Raif Badawi als sogenannter Internetaktivist mit seinen demokratischen Forderungen in die Fänge der saudischen Folter geriet und von den Saudis als Ungläubiger zu zehn Jahren Haft und 1.000 Stockhieben verurteilt wurde. Als Ausgleich dafür erhielt er von den Menschenrechtslaberern um Martin Schulz im Europäischen Parlament den Sacharow-Preis.

Alles in allem verwundert es nicht, dass Saudi-Arabien mit deutschem Waffengut ausgestattet ist. Der Transportpanzer Fuchs wird von Thyssen Henschel geliefert, und Waffen von Heckler & Koch werden in Lizenzproduktion hergestellt.

Diese wenigen Schlaglichter werfen ein bezeichnendes Bild auf diese Herrschaften. Am 13. Februar gegen diese Ansammlung von Heuchlern zu demonstrieren ist das Mindeste, was wir tun können. ■*RW*

1 Der Tagesspiegel, 29. November 2008
2 Ahmed Rashid: Taliban. Militant Islam, Oil and Fundamentalism in Central Asia. New Haven 2000
3 www.zeit.de, 2. Mai 2011.
4 www.bfai.de, 25. Januar 2007

Proteste gegen die Sicherheitskonferenz | Samstag, 13. Februar | 13 Uhr | Stachus